

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Rechtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weihen.

Postfachkonto: Dresden 1590
Grotzschke Rieser Nr. 52.

Nr. 252.

Mittwoch, 28. Oktober 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Namenszeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Freiwilliger Rabatt ertönt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Verlegeranstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Grotzschke 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Die Entscheidung liegt beim Reichstag.

Der Beschluß der Regierung Luthers-Stresemann, als zur Vollendung des Vertragswerkes von Locarno weiter im Amt zu bleiben, wird von den in der Regierung verschiedenen Parteien, vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei, rückhaltlos gebilligt. Man erkennt ohne weiteres an, daß die leitenden Staatsmänner im Reichskabinett, Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann, dem Gebot der Notwendigkeit gefolgt sind und daß sie in richtiger Einschätzung der Schwere der Situation die Krise der Gesamregierung verhüten und damit vorläufig auf den Austritt der Deutschnationalen beschränkt haben.

Wie wir hören, dürfte das Kabinett Luther etwa gegen den 20. November vor den Reichstag treten und die Entscheidung über die Fortführung der Locarno-Politik durch eine Erklärung eröffnen, in der darauf hingewiesen werden soll, daß die Nichtannahme der Patenverträge mit ernstlichen außenpolitischen Folgen für Deutschland verknüpft wäre. Der Reichskanzler und der Außenminister beschäftigen dabei die Beweggründe darzulegen, die sie veranlassen hätten, die Verhandlungen über den Sicherheitspakt zu eröffnen und das Werk von Locarno zu verwerfen, die feierliche Preisgabe wichtiger Kerninteressen des Reiches darzustellen, sondern vielmehr den Weg zu der Fortführung der Politik des friedlichen Wiederaufbaues frei machen werde. Der Wunsch der Sozialdemokratie geht allerdings dahin, den Reichstag so schnell wie möglich einzuberufen und die Regierung Luther vor die Vertrauensfrage zu stellen. Dieser Plan birgt jedoch gewisse Gefahren in sich, da mit ziemlicher Sicherheit mit einem Sturz des Kabinetts zu rechnen wäre und dadurch die vorkläufige Unterzeichnung der Locarno-Verträge geradezu unmöglich gemacht würde. Inzwischen arbeitet die Sozialdemokratie mit Rücksicht auf den Ausfall der Berliner Stadtverordnetenwahlen und der habsburger Wahlen auf die Auflösung und Neuwahl des Reichstages hin, von der sie sich einen starken Eindruck noch nicht verspricht.

Mit großer Spannung erwartet man nunmehr die Entscheidungen, die letzten Endes im Reichstag selbst fallen werden. Schon jetzt läßt sich voraussagen, daß die weitere Entwicklung der Dinge nicht ohne erste parlamentarische Kämpfe vor sich gehen wird. Die Sozialdemokraten stehen nämlich auf dem Standpunkt, daß das Ausschneiden der Deutschnationalen aus der Regierung nicht ohne innenpolitische Konsequenzen bleiben darf, und daß die Regierung Luther eine geradezu unumgängliche Zustimmung an die Parteien der Linken stelle, indem sie jetzt an die Veranlassung dieser Parteien appelliere und mit deren Unterstützung die außenpolitischen Aufgaben unter Dach und Fach zu bringen suche. Die Sozialdemokratie könne von sich aus nicht die Einwilligung dazu geben, daß das Hauptmaß der Verantwortung, das die Deutschnationalen für ihre Partei abgedeckt haben, von den außerhalb der Regierung stehenden Parteien übernommen wird.

Die führenden Demokraten äußern die Ansicht, daß man niemals das Risiko übernehmen werde, als Lückenbühner für die Deutschnationalen in die Dreiecke zu springen — um ihnen hinterher die Tür zum Wiedereintritt in die Regierung zu öffnen. Die Demokraten schließen sich aber insofern der sozialdemokratischen Forderung auf sofortige Einberufung des Reichstages an, als sie zum gegenwärtigen Reichskabinett nicht das Vertrauen haben, um ihm die Entscheidungen für innen- und außenpolitische Notwendigkeiten rückhaltlos anzuvertrauen. Sollte der Reichstag vor dem Dezember vor die Entscheidung gestellt werden, ob die Regierung Luther das Vertrauen der Mehrheit der Parteien besitzt, so kann man jetzt damit rechnen, daß die Demokraten und die Sozialdemokraten gegen die Regierung stimmen werden und daß damit die innere Krise der Regierung zum Ausbruch kommen wird, die durch den gestrigen Beschluß des Reichskabinetts vorübergehend gelöst zu sein scheint. Allerdings ist bei den Parteien der Linken das Bestehen einer Regierung der großen Koalition Platz zu machen, deren Zustandekommen die Notwendigkeit einer Reichstagsauflösung vermeiden würde.

Die Deutsche Volkspartei für Locarno.

Berlin. Am Dienstag abend fand die schon vor der Regierungskrise anderwärts Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die auch von Vertretern der Landtagsfraktion besucht war. Der Fraktionsvorsitzende, Abg. Dr. Scholz referierte über die allgemeine Lage und seine Verhandlungen mit dem Reichskanzler und der Reichsregierung. Der Erörterung lag eine vom Vorstand entworfene längere Entschließung zugrunde, die zu Gunsten der Annahme des Vertrages von Locarno lautet, aber auch die bekannten Vorbehalte in Bezug auf die Rückwirkungen enthält. Bald nach Beginn der Sitzung erschien der Reichsaussenminister Dr. Stresemann.

Um 8 Uhr abends gab die Deutsche Volkspartei folgende

Mitteilung aus: Parteivorstand und Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei haben heute über die Ergebnisse von Locarno und die durch den Austritt der Deutschnationalen aus der Reichsregierung geschaffene Lage beraten und sind einstimmig zu folgender Entschließung gelangt: Das Vertragswerk von Locarno, das durch die bereitwillige und notwendige deutsche Initiative zustande gekommen ist, entspricht in allen wesentlichen Punkten dem Grundgedanken der Deutschen Antwortnote vom 20. Juli 1925 und somit auch den Absichten der Deutschen Volkspartei vom 2. Febr. Deutsche

Rücktritt des französischen Kabinetts.

Der Rücktrittsbefehl.

Paris, 27. Oktober 1925. Um 2 Uhr nachmittags hat sich Ministerpräsident Painlevé zum Präsidenten der Republik begeben, um ihm die Demission des Kabinetts zu überbringen. Nachdem diese Demarche seitens Painlevés unterzogen war, ist folgendes Communiqué veröffentlicht worden, dessen Ausgabe hinausgeschoben wurde, bis die Sitzung des Völkerverbundes beendet war:

Der Kabinettsrat, der in seiner letzten Sitzung mit der Prüfung des vom Finanzminister Colliard ausgearbeiteten Sanierungsplanes begonnen hat, hat diese Diskussion, die seine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern des Kabinetts zu Tage treten ließ, unterbrochen. Um sich der politischen und parlamentarischen Lage, so wie sie in den verschiedenen Anhängen der Parteien zu Tage getreten ist, anzupassen und davon überzeugt, daß die dringenden Anforderungen zum nationalen Ausgleich nicht unterlassen werden können, ohne daß man im voraus die Gewissheit einer habilen Mehrheit hat, hat die Regierung einstimmig beschlossen, dem Präsidenten der Republik ihre Demission zu übermitteln.

Der Rücktritt des Kabinetts Painlevé angenommen.

Paris, 27. Oktober 1925. Der Präsident der Republik hat den Rücktritt des Kabinetts Painlevé angenommen und im Laufe des Nachmittags bereits mit dem Staats- und Kammerpräsidenten über die durch die Ministerkrisis geschaffene Lage verhandelt. Um 6 Uhr abends veröffentlichte sich die Mitglieder des Kabinetts Painlevé vom Präsidenten der Republik.

Zur Demission des Kabinetts Painlevé

heben die Blätter der Opposition hervor, daß das Kabinett nach seinem eigenen Zugeständnis lediglich deshalb zurück-

getreten ist, weil Parteien außerhalb des Parlamentes gewisse Bedingungen gestellt haben. Painlevé schreibt, diese ministerielle Krise ist nur eine Episode in der so beunruhigenden Krise, die unter unglücklichen Umständen erschüttert, seit es sich in die Hände von Raskinen begeben hat, die behaupten, seine Weisheit regeln zu wollen. Das ist die Diktatur des Kartells der Linken in ihrer ganzen Annahme. Die dem Kartell der Linken nahestehe Presse tritt zum großen Teil für eine Verständigung mit den Sozialisten ein.

getreten ist, weil Parteien außerhalb des Parlamentes gewisse Bedingungen gestellt haben.

Painlevé schreibt, diese ministerielle Krise ist nur eine Episode in der so beunruhigenden Krise, die unter unglücklichen Umständen erschüttert, seit es sich in die Hände von Raskinen begeben hat, die behaupten, seine Weisheit regeln zu wollen. Das ist die Diktatur des Kartells der Linken in ihrer ganzen Annahme.

Die dem Kartell der Linken nahestehe Presse tritt zum großen Teil für eine Verständigung mit den Sozialisten ein.

Beisprechungen Doumergues über die Kabinettsbildung.

Paris. Nach den Präsidenten des Senats und der Kammer empfing der Präsident der Republik am Abend die Vorsitzenden der Finanzkommission des Senats und der Kammer Senator Berenger und Abgeordneter Malon. Dann verhandelte er mit dem Vorsitzenden der radikalen Kammerfraktion Abg. Cazale. Hierauf wurden die Minister des Kabinetts Painlevé empfangen, die um 6 Uhr zusammengetreten waren, um das Rücktrittsgeschehen abzuwägen und zu unterzeichnen. Doumergue beauftragte die bisherigen Minister mit der Weiterführung der laufenden Geschäfte. Im Laufe des Nachmittags empfing der Präsident der Republik auch den Finanzminister Caillaux, der, als er das Einverständnis erklärte, er könne nur mitteilen, daß er dem Präsidenten der Republik einen Besuch abgekehrt habe. Heute vormittag wird Doumergue die Vorsitzenden der radikalen Fraktionen der Kammer und des Senats, den Abgeordneten Cazale und den Senator Biénon-Martin, empfangen. Nach der Agence Havas ist es wenig wahrscheinlich, daß Doumergue vor heute abend den Politiker zu sich berufen werde, den er mit der Bildung des Kabinetts beauftragt wird.

neue gegenseitige Spannungen zu vermeiden. Allerdings steht die Deutsche Volkspartei auf dem Standpunkt, daß man jeden Versuch, den Außenminister Dr. Stresemann neuerdings wieder zum Konzentrationspunkt deutscher nationaler Angriffe zu machen, mit aller Entschiedenheit zurückweisen werde. Wenn die Deutschnationalen ihren Kampf gegen Dr. Stresemann wieder aufnehmen, so werde dadurch der Trennungsschritt zwischen den beiden Parteien unvermeidlich gesoaden werden müssen.

Die Regierung für schnelle Einberufung des Reichstages.

Berlin. Wie wir aus maßgebenden Regierungskreisen erfahren, wünscht das Kabinett Luther, daß der Wiedereintritt des Reichstages keine Verzögerung erleidet. Der vorgesehene Termin des 15. November für die Einberufung des Parlamentes werde unbedingt innegehalten werden können, zumal es notwendig sei, die parlamentarische Situation vor der Abkündigung über den Locarno-Vertrag zu klären. Die Regierung wünscht unter allen Umständen eine Auflösung des Reichstages zu vermeiden. Sie werde ihre Willkür in dem Augenblick als erledigt ansehen, wo das Vertragswerk von Locarno geschlossen ist. Reichskanzler Dr. Luther sei ausdrücklich bereit, mit seinem Kabinett zurückzutreten und die Entscheidung über die Neubildung der Regierung in die Hände der Parteien zu legen, wenn die außenpolitischen Aufgaben geregelt sind und die Zeit dazu gekommen ist, die innenpolitische Situation wieder in Ordnung zu bringen.

Die Vorkonferenz zur deutschen Note.

Paris. Die gestern vormittag zu einer Sitzung zusammengetretene Vorkonferenz hat folgendes Communiqué ausgegeben: Die Konferenz hat über die Note der deutschen Regierung vom 20. Oktober verhandelt und das interalliierte Militärkomitee in Versailles gebeten, ihm schleunigst einen Bericht über die militärischen Fragen, die diese Note aufwirft, zusammen zu lassen. Die Vorkonferenz hat andererseits die Prüfung der Maßnahmen beschlossen, die, sobald der Zeitpunkt der Räumung der Ruhrzone durch die alliierten Regierungen festgelegt werden kann, durchzuführen sind, namentlich, was die Frage der Verteilung der Truppen in den Gebieten betrifft, die noch besetzt bleiben.

Der Reichsschulgelebenswurf zurückgezogen?

Berlin. Einer Korrespondenzmeldung zufolge soll jetzt nach dem Rücktritt des Reichsministers des Innern Eduard der Reichsschulgelebenswurf vom Reichsministerium des Innern zurückgezogen werden, so daß keine Beratung im Reichskabinett hinsichtlich wird. Ferner soll der sozialdemokratische Staatssekretär Schulz, der von Eduard beurlaubt worden war, nächstens wieder seinen Dienst im Reichsministerium des Innern aufnehmen.

Kein Bruch zwischen den Reichsparteien.

Berlin. Zwischen den Führern der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen ist auch nach dem Austritt der deutschnationalen Minister aus der Regierung Luther eine enge Fühlungsverbindung angedeutet worden. Bei beiden Parteien, sowohl bei den Deutschnationalen als auch bei der Deutschen Volkspartei, besteht der Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen aufrecht zu erhalten und